

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 27. Juni 2012 · Nr. 147/26 D1

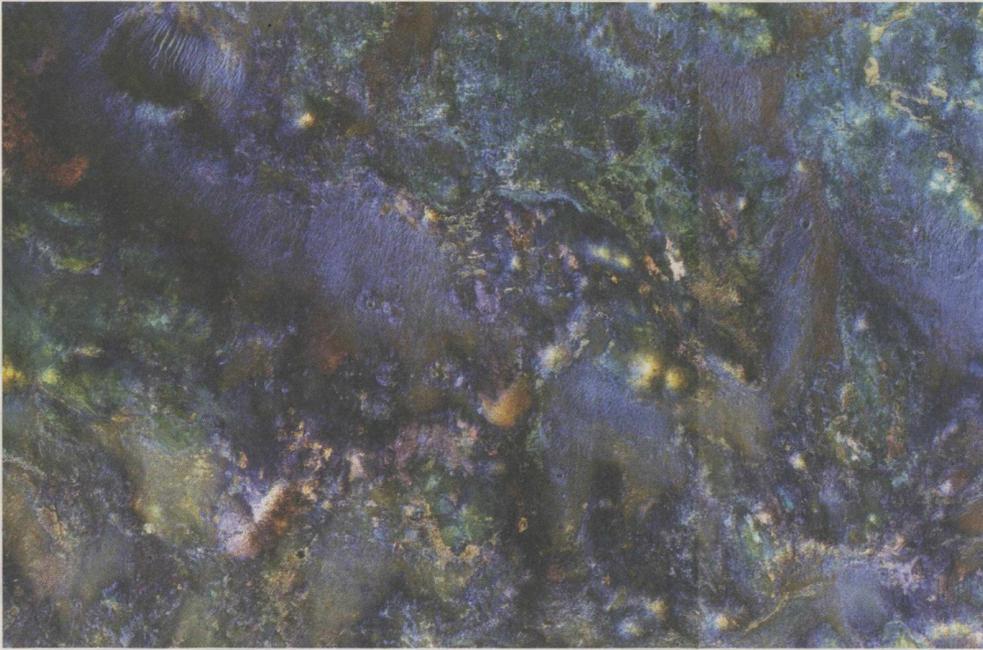
HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Gericht: Beschneidung ist strafbar

reb./bin. KÖLN/FRANKFURT, 26. Juni. Die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen ist strafbar. Zu dieser Einschätzung kommt das Landgericht Köln in einem nun veröffentlichten Urteil zum Fall eines vier Jahre alten Jungen. Das Grundrecht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit überwiege die Grundrechte der muslimischen Eltern. Ihre Religionsfreiheit und ihr Erziehungsrecht würden nicht unzumutbar beeinträchtigt, wenn sie gehalten seien abzuwarten, ob sich das Kinder später für eine Beschneidung entscheide. Der Zentralrat der Juden bewertete das Urteil als „beispiellosen und dramatischen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften“. Der Präsident des Zentralrats, Dieter Graumann, sagte, das Urteil sei ein „unerhörter und unsensibler Akt“. Die Beschneidung neugeborener Jungen sei fester Bestandteil der jüdischen Religion, werde seit Jahrtausenden praktiziert und in jedem Land der Welt respektiert. Der Zentralrat fordere den Bundestag auf, Rechtssicherheit zu schaffen. Der Zentralrat der Muslime teilte mit, zunächst die Urteilsbegründung prüfen zu wollen. (Siehe Seite 4; Kommentar Seite 8.)

Welch schöner Körper!



Marsfahrt – Anders als Tiere besitzen Menschen das letztlich nicht unproblematische Vermögen, Dinge zu verfertigen, die dann nicht nur da sind, sondern auch dableiben. Zwar gelingt es der Natur hin und wieder, das ihr durch den Formwillen des menschlichen Geistes Aufgenötigte zu kompostieren,

oft gelingt ihr das auch nicht, und dann hat vor allem der Mensch den Salat. Das gilt ebenso für das All, wo mehr Schrott herumfliegt, als es Länder auf Ramschniveau gibt. Beruhigend ist, dass dieser nur für Satelliten gefährlich ist, Marsreisende aber nicht zum Slalomflug zwingt. Seite 7

Foto: Nasa

Brüsseler Sprung

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Bankenunion, Fiskalunion, Wirtschaftsunion, Politische Union – es ist schon ein großes Rad, das die europäischen Führungsleute anwerfen wollen. Wenn die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten mitdrehen, dann wird man nicht von einem weiteren Schritt auf dem Wege der europäischen Einigung sprechen können, sondern von einem großen Integrationsprung. Damit würde nicht weniger als die Grundlage für die zweite Phase des Euro gelegt werden – mit dieser Einschätzung dürfte der französische Finanzminister ins Schwarze treffen. Allerdings dürfte damit auch die Kluft zwischen den Mitgliedern der Währungsunion und dem Rest der EU breiter und tiefer werden.

Den vier Vätern des soeben vorgelegten Entwurfs dürfte die Gefahr der sich vertiefenden Spaltung der Union bewusst sein; sie nehmen sie in Kauf, weil ihnen die langfristige Stärkung der Währungsunion so wichtig ist. Dazu soll die Einrichtung eines europäischen Finanzministers beitragen, der weitgehende Eingriffsrechte in die nationalen Haushalte bekommen soll: Er soll die Haushalte nicht

nur überwachen, sondern kontrollieren. Wird das Ganze Wirklichkeit, dann läge das Maß der Verschuldung nicht mehr im Benehmen der Staaten. Im Lichte der Staatsschuldenkrise, die nun schon seit mehr als zwei Jahren Politiker, Bürger und Märkte in Atem hält und die nach dem Dafürhalten maßgeblicher Akteure die EU (und die Weltwirtschaft) in eine ernste Existenzkrise gestürzt hat, ist diese Form der Schuldenkontrolle möglicherweise unumgänglich. Sie bedeutet faktisch aber die Aufgabe nationaler Haushaltsautonomie; das Königsrecht des Parlaments wäre an eine Brüsseler Instanz übergegangen. Das muss man wissen.

Aber das hätte man auch schon beim Eingehen der Währungsunion wissen können, wissen müssen. Der Euro kann nur funktionieren, wenn die Staaten Haushaltsdisziplin üben und wenn sie ihre Wirtschaft so auf Vordermann bringen, dass sie dem globalen Wettbewerb im 21. Jahrhundert standhalten. Deswegen führt die Diskussion über eine Vergemeinschaftung der Schulden und über Eurobonds in die Irre; denn die setzten nur das Schuldenmachen der Vergangenheit fort. Sieht so also die Zukunft aus, mit der sich auch die Deutschen anfreunden könnten: dauerhafte Haushaltsdisziplin, eingebunden in einen starken Brüsseler Rahmen?

Heute

Warum hassen alle die Gema?

Sie stellt die Komponisten unter Artenschutz. Und sie hat ein Monopol. Der Gema-Chef sagt: „ein gutes Monopol“. Eine Erkundung des Systeminneren. Feuilleton, Seite 27

Zutiefst enttäuscht

Vor zwei Jahren haben fast alle in Donezk für Präsident Janukowitsch gestimmt. Während die da oben sich hemmungslos bereichern, müssen die alten Kämpfer heute hungern. Ihre Treue wackelt. Politik, Seite 3

Umzug der Siedler

Fünf Häuser, illegal auf palästinensischem Privatgrund errichtet, werden geräumt, zerlegt und anderswo wieder aufgebaut. Die israelischen Siedler ziehen erst einmal in Wohncontainer. Politik, Seite 5

Fliegendes Geschäft

Die Lieferung von Kampfjetschrauben an Syrien hat Russian Helicopters ins Licht der Öffentlichkeit geholt. Zehn seiner 18 Hubschraubertypen sind für militärische Zwecke gedacht. Wirtschaft, Seite 12

Kampf unter Kollegen

Im Verein Mitspieler, bei der EM Gegner: Das Halbfinale bringt manch pikantes Wiedersehen. Real Madrid ist noch mit zehn Profis in drei Teams dabei. Sport, Seite 25

Gar nicht grob gesponnen

Spider-Man ist wieder da, auch wenn er seit fünfzig Jahren nie weg war; mit neuem Film, neuem Schauspiel, neuer Liebe – Emma Stone als Gwen Stacy – und der bewährten Akrobatik. Feuilleton, Seite 29

Die Biene Maja wird hundert

Wie gefährlich ist dieses so erfolgreiche Buch, mit dem seinerzeit nur die „Buddenbrooks“ konkurrieren konnten? Kulturwissenschaftler geben nun bedingte Entwarnung. Geisteswissenschaften, Seite N 3

Mitteilung des Verlags:

10 Seiten Verlagsbeilage „Energimärkte“

Vierergruppe fordert mehr Kompetenzen der EU-Ebene

„Echte Wirtschafts- und Währungsunion“ / Bundesregierung reagiert ablehnend

wmu./nbu. BRÜSSEL/LUXEMBURG, 26. Juni. Der Euroraum soll zu einer „echten Wirtschafts- und Währungsunion“ mit einem gemeinsamen wirtschafts- und haushaltspolitischen Regelwerk und deutlich mehr Kompetenzen der EU-Ebene ausgebaut werden. Das fordern die EU-Ratsvorsitzende Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker und der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, in einem gemeinsamen Diskussionspapier für das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs an diesem Donnerstag und Freitag in Brüssel. Van Rompuy will den Umbau binnen zehn Jahren vollendet sehen. Im Begleitschreiben an die Mitgliedstaaten fordert er die Staats- und Regierungschefs auf, auf dem Gipfel eine Entscheidung über das weitere Vorgehen herbeizuführen. Er erwartet ein Mandat an die Vierergruppe, bis zum Gipfeltreffen im Dezember konkrete Vorschläge vorzulegen. An der weiteren Arbeit sollen sich alle 27 EU-Staaten beteiligen. Die Vorschläge beziehen sich aber ausdrücklich auf die Währungsunion.

Nato verurteilt Syrien

„Kein Respekt vor Normen“ / Erdogan: Militärische Antwort auf weitere Aggressionen

nbu./tens./hcr. BRÜSSEL/ISTANBUL/JERUSALEM, 26. Juni. Die Nato hat am Dienstag den Abschluss eines türkischen Militärflugzeugs durch Syrien verurteilt. In einer Erklärung der 28 Verbündeten hieß es, der Vorgang sei „inakzeptabel“ und die Allianz verurteile ihn „aufs Schärfste“. Es handle sich um ein weiteres Beispiel dafür, dass die syrischen Behörden keinen Respekt vor internationalen Normen, Frieden und Sicherheit sowie menschlichem Leben hätten. Konkrete Schritte gegen das Land beschloss die Nato nicht. In der Erklärung wurde aber hervorgehoben, dass man die Lage genau im Auge behalten werde.

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan verschärfte am Dienstag seinen Ton gegenüber Syrien. Vor der Fraktion

„Nachbesserungen beim Freiwilligendienst nötig“

löh. BERLIN, 26. Juni. Ein Jahr nach Einführung des Bundesfreiwilligendienstes zieht das Deutsche Rote Kreuz (DRK) eine positive Zwischenbilanz, fordert aber Nachbesserungen. DRK-Präsident Rudolf Seiters appellierte im Gespräch mit dieser Zeitung an den Bundestag, von 2013 an die Mittel zu erhöhen, damit nicht so viele Interessenten abgewiesen werden müssen. Kritisch sieht er die Rolle des zuständigen Bundesamtes und fordert, dessen Aufgaben zu begrenzen. (Siehe Seite 4.)

der Regierungspartei AKP sagte er, die Türkei unterstütze „das syrische Volk mit allen nötigen Mitteln, bis es von Unterdrückung, Massakern, diesem blutrünstigen Diktator und dessen Clique befreit ist“. Der jüngste Vorfall zeige, dass der syrische Diktator Baschar al Assad auch für die Türkei eine Bedrohung sei. Deshalb werde die Türkei auf jede weitere Aggression Syriens mit militärischen Mitteln reagieren. Doch bekräftigte Erdogan die Position seines Landes, dass in dem Konflikt nur Schritte ergriffen werden dürften, „die uns das Völkerrecht ermöglichen“. Der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc hatte zuvor bekräftigt: „Wir haben keine Absicht, irgendjemandem den Krieg zu erklären.“ Laut türkischer Darstellung handelt es sich bei dem Abschuss des Mil-

Mursi will Kopten oder Frau als Stellvertreter

mr. KAIRO, 26. Juni. Ägyptens künftiger Präsident, der Islamist Muhammad Mursi, will eine Frau oder einen christlichen Kopten zu einem seiner drei Stellvertreter ernennen. Das berichteten ägyptische Medien am Dienstag. Für den Posten des Ministerpräsidenten ist Mohamed El Baradei im Gespräch, der frühere Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde und Friedensnobelpreisträger 2005, der ein Vertreter der säkularen Demokratiebewegung ist. (Siehe Seite 5.)

eine Fiskalunion. Die Vorschläge zur Fiskalunion bilden einen Kompromiss zwischen den Forderungen der südlichen Staaten für eine schnelle Vergemeinschaftung von Staatsschulden und der Linie der Bundesregierung, solche Gemeinschaftsschulden allenfalls nach Einführung einer strikten Haushaltsaufsicht zuzulassen. Für die Haushaltskontrolle schlagen die vier Autoren vor, dass künftig vorab Obergrenzen für die Staatsschuld und das Staatsdefizit gemeinsam festgelegt werden könnten. Wer gegen die Ziele verstoße, bedürfe der Zustimmung der Partnerstaaten. Wie weit diese Art der Haushaltskontrolle über die bestehenden Regeln hinausgehen könnte wird nicht ersichtlich. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 9, 11 und 17.)

Einigung bei Solarförderung in Sicht

ami. BERLIN, 26. Juni. Die Aussichten auf eine Einigung im Streit zwischen Bund und Ländern über wichtige energiepolitische Fragen stehen gut. Der monatelange Zwiß über die Förderung der Photovoltaik und der Speicherung von Kohlendioxid könne in der Sitzung des Vermittlungsausschusses an diesem Mittwoch beigelegt werden, berichteten Beteiligte. Verhandler von Regierung und Opposition hätten sich auf Kompromisse geeinigt, hieß es. (Siehe Wirtschaft, Seite 9.)

Um der Lebensqualität willen

Von Georg Paul Hefty

Verheerender als die Bürokratie ist der Mangel an Bürokratie. Dieser Satz bringt freie Geister auf die Barrikaden. Bürokratie, die strikte Verwaltung nach allgemein anerkannten Grundsätzen, steht im Ruf der Gängelung des Alltags, der Belastung der Erwerbsarbeit, der Behinderung der Wohltätigkeit. Nach jedem Unglück, jeder Katastrophe wird nach unbürokratischer Hilfe gerufen und diese meist auch versprochen. In den Monaten, oft sogar Jahren danach, wenn sich der Staub der Erdbenen längst gelegt oder die Flut zurückgezogen hat, merken zuerst die örtlichen Überlebenden und später auch die spontanen Helfer und Spender, dass die Hilfe tatsächlich unbürokratisch erfolgt ist, nämlich ineffizient; die Schadensbeseitigung ist improvisiert, der Wiederaufbau unkoordiniert, das Ergebnis ungerecht.

Bürokratie ist aber keineswegs nur ein Helfer im Katastrophenfall, sie ist das wirksamste Mittel der Vorbeugung gegen Katastrophen, auch wenn sie in solchem Zusammenhang fast nie erwähnt wird. Bürokratie ist dem allgemeinen Sprachgebrauch nach, der das Mehrheitsgefühl gegenüber einem bestimmten Sachverhalt wiedergibt, eine lästige Erscheinung, angezettelt von unsympathischen Wichtigtuern, überflüssig wie ein Kropf. Nicht nur freisinnige Parteiprogramme sagen der Bürokratie den Kampf an, bürgerliche und kollektivistische politische Strömungen könnten sich, falls sie sich überhaupt verständigen wollten, dies am leichtesten auf Kosten der Bürokratie tun: Entbürokratisierung ist ein wohlfeiles Versprechen.

Doch die so einhellig Bekämpfte, oft Verspottete, gar Verleumdete, hat ihre guten Seiten. Kabarettisten ist der Applaus gewiss, wenn sie die Bürokratie zum Teufel wünschen. Doch trägt die so verachtete Idee und Einrichtung – die Bürokratie ist beides in einem – mindestens so viel zur Lebensqualität der Menschen bei wie alle Kabarettisten zusammen zu deren Unterhaltung.

Das rührt aus dem komplexen Anspruch der Bürger auf Freiheit und Sicherheit im weitesten Sinne zugleich her. Diesen Anspruch kann nur die Bürokratie erfüllen. Sie gleicht die Langsamkeit der sonstigen Regulative aus, zum einen des Marktes und zum anderen der Gesetzgebung. Als Beleg mag das Schreckgespenst aller braven Hausfrauen dienen: ein sogenannter Lebensmittelkandal. Irgendwo ist verdorbenes Fleisch oder schadstoffbelastetes Gemüse aufgetaucht, Arztpraxen und Krankenhäuser melden auffallend gehäufte Erkrankungen mutmaßlich ähnlichen Ursprungs. Der Markt ist unfähig, darauf angemessen zu reagieren. Er hat nur die Möglichkeit, unter dem Druck der Erzeuger die einschlägige Warenkategorie so lange weiter zu liefern, bis die verunsicherten Käufer ihre Nachfrage einstellen. Oder es kommt zu einer hysterischen und ausufernden Verweigerung des Kaufs ver-

dächtiger Erzeugnisse, ohne dass der Markt selbst die Ausbreitung der Erkrankungen gezielt verhindern oder die Unterscheidung der belasteten Produkte von den unbelasteten glaubwürdig vornehmen könnte. Auch die Gesetzgebung wäre nicht auf Anhieb in der Lage, Schadstoffbelastungen einzugrenzen und neu vermutete Schadstoffe zu verbieten. Alle Beteiligten – Erzeuger, Verbraucher, Gesetzgeber – sind auf das Eingreifen der Bürokratie angewiesen, deren Erfahrungen und Durchsetzungsfähigkeiten.

Der heutige Stand an Lebensqualität – dazu gehören so grundlegende Dinge wie die Sauberkeit des Trinkwassers, die Sicherheit der Lebensmittel, die Verlässlichkeit technischer Geräte, die Berechenbarkeit von öffentlicher

Bürokratie ist nicht so schlecht, wie sie gemacht wird. Ein Leben ohne sie führt in die Katastrophe.

Verwaltung – ist im Kern zwei Einrichtungen zu verdanken: der Wissenschaft, der der Nachweis gelungen ist und immer wieder von neuem gelingt, was „gesund“ und was „gesundheitsgefährdend“ oder gar „schädlich“ ist, und eben der Bürokratie, die viele dieser Erkenntnisse in den Alltag hineinbringt und ihre Einhaltung durchsetzt und überprüft, und zwar, wenn alles seinen vorgesehenen Gang geht und seine Richtigkeit hat, mit geradezu wissenschaftlicher Exaktheit.

Denn eine grundlegende Eigenschaft der Bürokratie ist die Kombination von Unvoreingenommenheit und Unbefangenheit gegenüber jedermann, Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit für den Fall gerichtlicher Klärung. Viele Anwürfe gegen die Bürokratie fußen bei näherer Prüfung auf dem Willen der Kritiker, gegenüber ihren Mitbürgern Vorteile zu wahren oder zu erhalten, die sie ihren Nachbarn nicht nachsehen würden oder deren allgemeines Ausschöpfen etwa die Luftverschmutzung oder die Unfallgefahr steigern würde. Wer Freiräume vor allem für sich selber reklamiert, nimmt sich die Freiheit, die bürokratische Überwachung von Gewerbebetrieben zu beklagen und zugleich die striktere Überwachung der Hygienevorschriften in Gaststätten zu fordern.

Die Naturkatastrophen einmal beiseitegelassen, haben viele Katastrophen des technisch-wirtschaftlichen Lebens – von Lebensmittelkandalen bis zu geborstenen Schutzwällen – ihre Ursache in mangelhafter Überwachung und in wirklich „unbürokratischer“ Handhabung der Sicherheitsvorschriften. Schwächen wir die Bürokratie, so kann die bisher erreichte Lebensqualität nicht für jedermann erhalten werden. Schon gar nicht kann die Lebensqualität ohne gezielten Einsatz der Bürokratie gesteigert werden.



Briefe an die Herausgeber 6
Natur und Wissenschaft N 1
Geisteswissenschaften N 3
Impressum 4
Deutschland und die Welt 7

Zeitgeschehen 8
Wirtschaft 9
Unternehmen 12
Menschen und Wirtschaft 14
Markt und Strategie 15

Wetter 16
Finanzmarkt 17
Recht und Steuern 19
Kurse 20
Sport 23

Feuilleton 27
Medien 31
Fernsehen und Hörfunk 32
Forschung und Lehre N 5
Jugend schreibt N 6

STREIFZÜGE

Frankfurt

Posttraumatisches Theater

Posttraumatisches Stück in zwei Akten. Ort: Haus am Dom in Frankfurt. Mitwirkende: etwa 50 Theatermacher der sogenannten freien Szene (aufgebrachte und aufgerüttelt), eine Vertreterin des Kulturamts (nachdrücklich) sowie, als Veranstalter, zwei Frankfurter Grüne (um Fassung bemüht). Grund des Treffens: die jüngst veröffentlichte „Evaluation der Freien Theaterszene in Frankfurt“ durch eine „Perspektivkommission im Auftrag des Kulturamts Frankfurt“ (hoch umstritten, da kritisch bis polemisch und angeblich ästhetisch anmaßend).

Erster Akt: Chaos. Alt gegen Jung, institutionell Geförderte gegen nur projektweise Geförderte, Arm gegen noch Ärmer, jeder gegen jeden. Bevor ein Theaterwissenschaftler auf dem Podium sein „Impulsreferat“ halten kann, verlangt der in Weiß gewandete ältere Theatermacher I, die Debatte über das Reizthema sofort zu eröffnen: Wie und nach wessen Urteil soll das freie Theater, das in den siebziger Jahren in Opposition zu den Stadt- und Staatstheatern entstanden ist, künftig von der Stadt Frankfurt gefördert werden? Und: Hat die mit externen Fachleuten besetzte Kommission recht damit, dass die Szene auch bei den finanziellen Zuwendungen – insgesamt etwa 5,4 Millionen Euro im Jahr – von zweiklassigen „Altstars“ dominiert werde, in deren zu wenig „postdramatischen“ Theatern sich „abgelegte Ästhetiken und Stile museal konserviert“ hätten?

Theaterwissenschaftler (darf doch referieren) zu den Theatermachern: „Wenn Sie sich nicht einigen, wird sich kein Mensch für Sie interessieren!“ Älterer Theatermacher II: „Mit welcher Begründung will man mir das Geld wegnehmen? Haben wir denn eine Reichskulturkammer, die uns sagt, was wir zu tun und lassen haben?“ Theatermacher mittleren Alters: „Wir wollen doch nicht nur getanzte Diplomarbeiten sehen!“

Vertreterin des Kulturamts: „Es mag ein Fehler der Kommission gewesen sein, die freie Szene vorwiegend ästhetisch beurteilt und vorher nicht mit den Betroffenen geredet zu haben. Trotzdem war es notwendig, die Debatte anzustoßen, auch damit transparent wird, wer warum wie viel bekommt.“ Zweiter Akt: weniger Chaos. Eine Theatermacherin verzichtet darauf, die mitgebrachten Tomaten auf die Grünen zu werfen. Alle versichern sich gegenseitig, dass alle gebraucht würden. Junge Theatermacherin: „Woher das Geld kommt, ist mir dann, ehrlich gesagt, egal!“ Ende. Nächste Vorstellung: am Montag bei der SPD-Fraktion.

TIMO FRASCH

Heute

Kein Platz für Nomaden

Die Mongolei boomt. Die Parlamentswahl am Donnerstag entscheidet auch darüber, wie der Rohstoffreichtum des Landes verteilt werden soll. Kommt er nicht bislang dem Ausland zugute? **Politik, Seite 6**

Kinder brauchen Reisepass

Die Bundesregierung setzt das EU-Prinzip „Eine Person – ein Pass“ um: Seit Dienstag benötigt der Nachwuchs bei Reisen ins Ausland ein eigenes Reisedokument. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

„Große statt Sicherheit“

Fast ein halbes Jahr nach der Havarie der „Costa Concordia“ verklagt ein amerikanischer Anwalt die Reederei und die Architekten des Schiffs. Er spricht von Geschäftemacherei. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Keine Hunnenrede

Kritiker unterstellten Bundespräsident Joachim Gauck, er habe bei einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr dem Interventionismus das Wort geredet. Das stimmt nicht. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Der sanfte Putsch

Früher ging es plumper zu in Lateinamerika. Da wurde geputscht. Heute werden Präsidenten zwar immer noch abgesetzt, aber die demokratische Fassade wird gewahrt. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Debatte über Volksabstimmungen

Nach Vorstoß Schäubles / Seehofer: Sie werden kommen / CDU und SPD uneins

ban./sat./löw. BERLIN, 26. Juni. Die Übertragung von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), möglicherweise werde es schneller als gedacht in Deutschland zu einer Volksabstimmung über die Übertragung von Hoheitsrechten nach „Brüssel“ kommen, hat kontroverse Debatten ausgelöst. Schäuble hatte sogar auf den EU-Gipfel in dieser Woche verwiesen, auf dem es auch um eine „vertiefte Integration“ gehe. „Danach werden wir sehen“, sagte er. Während die Führung der CDU/CSU-Fraktion die Bemerkungen Schäubles mit Skepsis bedachte, sagte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, er sei sich sicher, dass er sich mit seiner Forderung nach Volksentscheiden über grundlegende Europafragen in absehbarer Zukunft durchsetzen werde. „Es werden auf Dauer die grundlegenden Entscheidungen dem Volk vorzulegen sein.“ Als Beispiele nannte er die Übertragung von Souveränitätsrechten an Brüssel, die Erweiterungen der EU und Entscheidungen über Rettungsschirme.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Michael Grosse-Brodermann (CDU), wies hingegen darauf hin, derzeit gebe es keine Vorschläge zur weiteren Übertragung von Hoheitsrechten nach Brüssel, die ein solches Vorgehen erforderlich machten. Zudem würde die Einführung eines Volksentscheides auf Bundesebene stets auch eine Grundgesetzänderung implizieren. Weder über den Inhalt noch über einen Zeitpunkt einer solchen Maßnahme sei bisher gesprochen worden. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt sagte: „Ich sehe derzeit keine Veranlassung, über eine Volksabstimmung nachzudenken, weil wir ganz andere Bausteine haben.“

Der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Johannes Singhammer (CSU) sagte Faz.net: „In dieser Situation eine Souveränitätsübertragung nach Europa in Richtung eines Bundesstaates anzustreben, halte ich für völlig falsch. Ergebnis wäre mit größter Wahrscheinlichkeit, dass

sich in der Frage des Finanzgebarens eine Haltung durchsetzen würde, die südeuropäisch geprägt ist. Das würde bei weitem nicht die Hoffnung erfüllen, die mit einem Souveränitätstransfer verbunden wird.“ Singhammer verwies auf einen erst acht Monate alten Parteitagbeschluss der CSU, in dem ein europäischer Bundesstaat ausdrücklich abgelehnt wird. Sing-



hammer kündigte an: „Dagegen wird es entschiedenen Widerstand geben.“ Der Vorsitzende des Bundestagsinhaltsausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), sagte, bei Kompetenzverlagerungen „sind wir jetzt schon an der Grenze dessen angelangt, was die Verfassung erlaubt.“ In der Zeitung „Frankfurter Rundschau“ fügte er an: „Wenn wir das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, europäischen Institutionen überantworten, dann tangiert das unser Grundgesetz im Kern. Darüber könnten nicht allein Bundestag und Bundesrat entscheiden. Das ginge nicht ohne Zustimmung der Bevölkerung.“

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz (SPD) distanzierte sich von dem Vorstoß Schäubles. „Wir

brauchen sicher Veränderungen innerhalb der EU, aber ich rate dringend dazu, sie Schritt für Schritt zu machen.“ Schulz kritisierte, dass in Deutschland eine „verfassungspolitische Baustelle“ in einer Zeit aufgemacht werde, in der es drängendere Probleme zu lösen gebe. Schulz' Reaktion auf Schäubles Vorstoß gleicht der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die sich ebenfalls zurückhaltend geäußert hatte. Schulz ging damit auf Distanz zu seinem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der den Finanzminister am Montag gelobt und darauf hingewiesen hatte, die SPD sei auch im Lichte der Urteile des Bundesverfassungsgerichts schon lange der Auffassung, dass es am Ende eine Volksabstimmung geben müsse.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier verwies darauf, es handle sich nicht um einen Vorstoß von Seiten der Politik, vielmehr habe das Bundesverfassungsgericht die Politik aufgetragen, über die Grenzen des Grundgesetzes bei der EU-Vertiefung nachzudenken. Daher gehe es auch nicht um die Frage, ob man für oder gegen eine Volksabstimmung sei, sondern darum, zunächst Vorschläge für eine weitere Integration abzuwarten und dann zu prüfen, ob diese auf dem Wege von verfassungsändernden Zweidrittelmehrheiten zu beschließen seien oder – falls die Ewigkeitsklausel der Verfassung berührt sein sollte – der Artikel 146 bemüht werden müsse.

Die Fraktionen von Union und FDP kündigten unterdessen an, in den bevorstehenden Bundestagsdebatten über den Fiskalpakt und den Euro-Rettungsschirm ESM auch sogenannte Abweichter als Redner zu nominieren. Wahrscheinlich werden es die Abgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU), Peter Gauweiler (CSU) und Frank Schäffler (FDP) sein. Gauweiler kündigte eine eigene Verfassungsklage gegen den ESM-Rettungsschirm an. **(Kommentar Seite 8.)**

Neuer griechischer Finanzminister benannt

Giannis Stournaras war an Gesprächen über Euro-Beitritt des Landes beteiligt

ISTANBUL, 26. Juni. Nachdem sich der ursprünglich für das Amt des griechischen Finanzministers vorgesehene Kandidat Vassilis Rapanos aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen musste, hat der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras am Dienstag einen neuen Kandidaten benannt. Das Amt soll nun Giannis Stournaras übernehmen, der zu den bekanntesten Ökonomen des Landes gehört. Er lehrt an der Universität Athen und war Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Iobe. Außerdem hat er Erfahrungen im Bankwesen. Bekannt wurde Stournaras in Griechenland, weil er Ende der neunziger Jahre unter dem sozialisti-

schen Ministerpräsidenten Kostas Simitis eine führende Rolle bei den Verhandlungen über die Aufnahme des Landes in die Eurozone spielte.

Als Wirtschaftsminister gehörte Stournaras bereits der technischen Regierung von Ministerpräsident Pikrammenos an, die Griechenland zwischen der Wahl am 6. Mai und der abermaligen Wahl am 17. Juni führte. Der Ökonom gilt als Verfechter von Reformen und Griechenlands Verbleib in der Eurozone. Ein Austritt werde Griechenland „zurück in die Eiszeit schleudern“, sagte Stournaras 2010 in einem Gespräch mit dieser Zeitung: „In dem Moment, in dem Griechenland die



Giannis Stournaras

Eurozone verlässt, wird es bankrott sein, denn unsere Staatsschulden müssen wir in Euro zahlen, und eine neue griechische Währung verlore umgehend an Wert.“

Unterdessen ist der stellvertretende Minister für die Handelsmarine Giorgos Vernicos zurückgetreten. Er nannte keinen Grund, doch war ihm ein Interessenkonflikt vorgeworfen worden.

Fortsetzung von Seite 1

Nato verurteilt Syrien

Auf der Sitzung berichtete der türkische Botschafter über den Hergang des Vorfalles. Das Flugzeug sei zunächst aufgrund eines „technischen Fehlers“ in den syrischen Luftraum eingedrungen. Das habe die türkische Einsatzführung aber bemerkt und es zurückgerufen. Der Abschluss sei dann in internationalem Luftraum erfolgt. Kein Verbündeter plädierte dem Vernehmen nach für eine Reaktion der Nato, die über die Veröffentlichung einer Erklärung hinausgehen würde. Mehrere Botschafter, darunter der deutsche, dankten der Türkei für ihre besonnene Reaktion.

Kein Nato-Staat will sich derzeit militärisch in Syrien einmischen, weshalb nach Auskunft von Diplomaten auch die Sitzung am Dienstag vom allgemeinen Willen geprägt war, kein Öl ins Feuer zu gießen. Der Allianz fehlen außerdem Sanktionsmöglichkeiten, die unter der Schwel-

le eines Militärschlags bleiben. Anders als zu anderen südlichen Mittelmeeranrainern unterhält die Nato zu Syrien keine Dialogbeziehungen, die sich aussetzen ließen. Sanktionen seien derzeit eher Sache der EU, sagte ein Diplomat. Die EU hatte den Abschluss am Montag ebenfalls als „inakzeptabel“ verurteilt und ihre Zwangsmaßnahmen gegen Syrien noch einmal ausgeweitet.

Nach Angaben von Gegnern des syrischen Regimes kam es am Dienstag zu heftigen Kämpfen in mehreren Vororten der Hauptstadt Damaskus. Erstmals habe die Armee dabei im Großraum Damaskus schwere Artillerie eingesetzt, teilte die in London ansässige Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit. Auch in der nordwestlichen Provinz Idlib kam es zu Kämpfen. Am Montag sollen wieder beinahe hundert Menschen in Syrien getötet worden sein.

STIMMEN DER ANDEREN

Machtkampf gegen die Armee

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert am Dienstag die Perspektiven des gewählten Präsidenten Mohammed Mursi in Ägypten:

„Die Türkei war für den arabischen Aufbruch maßgebend. Für die Bruderschaft in Ägypten lautet die Lehre, dass der Machtkampf gegen die Armee an der Urne, in den Medien und auf der Straße gleichzeitig geführt werden muss. Dieser Weg ist lang. Ägyptens säkulare Revolutionäre, die im Februar des Vorjahres in den ersten Tagen des Aufstands ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, während die Führung der Muslimbrüder schwieg, haben längst erkannt, dass Mursi kaum je die Statur eines ägyptischen Erdogan einnehmen wird – was nicht gegen ihn sprechen muss. Das Beispiel der Türkei zeigt ebenfalls, dass Rechtsstaatlichkeit weder von einer Partei noch von einem starken Mann verordnet werden soll, sondern den sorgfältigen Aufbau einer Bürgergesellschaft erfordert.“

Ägypten wie die Türkei?

Die britische Zeitung „The Times“ aus London betrachtet ebenfalls die Aufgaben des neuen ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi:

„Mursi mag der erste frei gewählte Präsident Ägyptens sein, doch welche Handlungsfreiheit hat er tatsächlich? Und für wie lange? Der Westen und die Jugendgruppen des Landes, die für einen nichtreligiösen demokratischen Staat geworben haben, müssen nun hoffen, dass die Last der Verantwortung die ungeschliffenen Elemente der Reden der Muslimbruderschaft abbildet. Dafür gibt es ermutigende Zeichen. Der Übergang von einer Militärherrschaft zu einer demokratischen Regie-

rung in der Türkei ist ein Beispiel, dem Ägypten folgen könnte. Mursi's Weg wird steinig sein. Doch so heikel er auch sein mag: Er verspricht mehr Fortschritt als die vergangene Herrschaft der Unterdrückung.“

Syriens Assad und die Islamisten

Die französische Tageszeitung „Le Monde“ (Paris) beschäftigt sich mit der Reaktion der Nachbarn Ägyptens auf die Wahl Mursis:

„Die Wahl von Mohammed Mursi dürfte für mindestens zwei Nachbarländer eine schlechte Nachricht sein. Zuerst für Israel, das einen wichtigen Vermittler in der Region verliert. Mubarak hatte israelische Regierungsvertreter regelmäßig getroffen und gleichzeitig eine israelkritische Presse zugelassen. Mit dieser Doppelzüngigkeit dürfte es vorbei sein. Die Israelis werden viel Phantasie benötigen, um eine neue Beziehung zu Kairo zu entwickeln. In Damaskus hätte die Familie Assad den Sieg des Kandidaten der ägyptischen Militärs, Ahmed Schafik, zweifellos als Schlusspfeil für den arabischen Frühling interpretiert. Jetzt wird das syrische Regime gewiss die Angst vor einer islamistischen Welle schüren, um die eigenen religiösen Minderheiten in Schach zu halten.“

Nun Solidarität mit Ankara

„Die Welt“ (Berlin) analysiert den Syrien-Konflikt nach dem Abschuss eines türkischen Kampfflugzeugs durch die syrischen Streitkräfte:

„Die westlichen Kanäle der Kommunikation zu Syrien sind abgebrochen. Es wird jetzt Zeit für Moskau, auf den Machthaber in Damaskus einzuwirken. Unter dessen haben die Türken das berechtigte Verlangen, das

Bündnis und seine Eskalationsfähigkeit hinter sich zu wissen. Die deutsche Politik wird zur Mäßigung raten, darf sich aber nicht erneut, wie beim Libyen-Einsatz, in opportunistische Unverbindlichkeit zurückziehen. Die Türkei, die noch vor zwei Jahren neosomanische Vormachträume mit einer Außenpolitik erträumt, ‚no problems‘ mit den Nachbarn verbinden wollte, ist jetzt selbst der strategischen Solidarität bedürftig.“

Europa ein außenpolitischer Zwerg

Die Tageszeitung „Luxemburger Wort“ schreibt zum EU-Außenministerrat in Luxemburg:

„Pressekonferenzen mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton machen keinen Spaß: Wirklich Neues hat sie nur äußerst selten zu verkünden. In den meisten Fällen wiederholt sie lediglich immer wieder die gleichen diplomatischen Floskeln wie ‚Wir müssen den Druck auf diktatorische Regimes erhöhen‘. ‚Die EU verurteilt Gewalt auf das schärfste‘ oder ‚Alle Parteien sollten friedlich zu einer Einigung kommen‘ etc. Dies sagt viel über die Rolle der EU auf dem außenpolitischen Parkett aus, Europa ist – noch – ein wirtschaftlicher Gigant, aber leider ebenso ein außenpolitischer Zwerg. ... Natürlich ist daran nicht nur Baronin Ashton schuld, sondern auch die EU-Mitgliedsstaaten, die eine Stärkung der EU in Sachen Außenpolitik nicht wirklich auf ihrer Prioritätenliste haben. Um seine Interessen und Werte im Ausland besser verteidigen zu können, braucht Europa mehr als einen Alibi-Außendienst.“

An einer roten Linie angelangt

Zur Debatte über eine Volksabstimmung über den deutschen EU-Kurs schreibt die „Stuttgarter Zeitung“:

Fortsetzung von Seite 1

Mehr EU-Kompetenzen gefordert

Der Begriff „Eurobonds“ wird in dem Papier vermieden. Doch heißt es, „mittelfristig“ könne die gemeinsame Schuldenaufnahme als Element einer Fiskalunion „untersucht“ werden. Sobald ein solider Rechtsrahmen für eine klare Haushaltskontrolle in den Mitgliedstaaten etabliert sei, könnten „nach und nach“ Formen der gemeinsamen Verschuldung erwogen werden. Genannt werden Instrumente zur kurzfristigen gemeinsamen Verschuldung – gemeint sind die im Papier nicht so genannten „Eurobills“ – oder die Möglichkeit, einen Teil der jeweiligen Staatsschulden in einen gemeinschaftlichen Schuldentilgungsfonds zu überführen. In Brüssel wird darauf hingewiesen, dass dieser Vorschlag aus Deutschland komme. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte ihn unterbreitet. Das Papier bringt auch eine Art europäisches Finanzministerium ins Spiel.

Das Papier enthält einen kurzen Absatz über die demokratische Legitimität und Verantwortlichkeit der europäischen Wirtschaft- und Fiskalpolitik. „Es ist grundlegend, öffentliche Unterstützung für europäische Entscheidungen zu erlangen, die weitreichende Folgen für das Alltagsleben der Bürger haben.“ Vorschläge werden dazu allerdings nicht gemacht. Es folgt nur die Einschätzung, dass eine enge Beteiligung des Europaparlaments und der nationalen Parlamente entscheidend sei, und es wird auf das erste Protokoll zum Arbeitsvertrag der EU verwiesen. Dieses Protokoll regelt, wie die nationalen Parlamente in Europa über Gesetzgebungsakte der EU unterrichtet werden. Für diese Textstelle im Papier hatte angeblich die Europäische Zentralbank einen Vorschlag vorgelesen, der die nationalen Parlamente stärker an der Kontrolle der europäischen Fiskalpolitik beteiligt hätte. Das hatte im EU-Parlament zur Sorge vor einem Einflussverlust geführt. In Brüssel hieß es, das Parlament werde in die weiteren Beratungen eng eingebunden.

Die Bundesregierung reagierte zunächst ablehnend auf den Bericht. Michael Link, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, kritisierte in Luxemburg, das Papier enthalte einen Wunschzettel für die Vergemeinschaftung nationaler Schulden. „Mit Deutschland gibt es aber keine gesamtschuldnerische Haftung.“ Eurobonds und ähnliche Instrumente seien „kein Allheilmittel“ für die Krise, sondern führten auf den „Holzweg“. Aus der Krise komme man nur mit einem Abbau der Staatsschulden, Wachstum und europäischer Solidarität wie sie bisher über die Krisenfonds EFSF und ESM praktiziert beziehungsweise geplant werde. Zur Bankenunion sagte Link, sie solle nicht „an unserem guten Willen scheitern“, es werde aber auf die Details ankommen. Link bezeichnete das Papier als wichtige Grundlage für die weiteren Gespräche. Herr des Verfahrens seien aber die Mitgliedstaaten, insbesondere die Staats- und Regierungschefs.

Link nahm an einer Sitzung der EU-Europaminister in Luxemburg teil, auf der eine erste Aussprache über das Papier stattfand, das erst am Morgen veröffentlicht worden war. Van Rompuy war über eine Videoleitung zugeschaltet. Link sagte, die deutsche Skepsis sei von mehreren Delegationen geteilt worden. Dem Vernehmen nach gehörten dazu Schweden, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande. Dabei spielt offenbar auch eine Rolle, dass manche Länder Vertragsänderungen vermeiden wollen, weil diese eine schwierige Ratifikation zu Hause erwarten lassen. Frankreich, Italien und die EU-Kommission ließen dagegen Zustimmung zu Modellen der Schuldenvergemeinschaftung erkennen, während Spanien sich vor allem für eine Bankenunion interessierte. Der französische Europaminister Bernard Cazeneuve sagte, Frankreich akzeptiere, dass es sowohl „Notmaßnahmen für Wachstum“ geben müsse als auch eine vertiefte politische Integration. Der belgische Außenminister Reynders bezeichnete das Papier als einen sehr guten „Ausgangspunkt für eine föderalere Union“.



Mario Draghi



H. Van Rompuy



J.-C. Juncker



José Manuel Barroso

Viele Fragen zur Bankenunion

Kaum strittig ist in der EU, dass wegen der von Banken ausgehenden Gefahren für den Euroraum gemeinsame Regeln für den Finanzsektor benötigt werden. Umstritten ist aber, wie weit diese gehen sollen. Das hält auch das neue Papier offen. Das von Kommissionspräsident José Manuel Barroso geprägte Wort „Bankenunion“ wird darin nicht aufgegriffen, wohl aber die von Barroso genannten Kernelemente. Demnach braucht die EU eine gemeinsame Bankenaufsicht, eine europäische Einlagensicherung und europäische Bankenabwicklungsregeln.

Ein „einheitliches“ System der Bankenaufsicht müsse sicherstellen, dass die Banken nach einheitlichen Maßstäben überwacht werden. Bisher darf die europäische Aufsichtsbehörde Eba nur in eindeutig grenzüberschreitenden Fällen eingreifen, was nun offenbar als unzureichend gilt. Das einheitliche Aufsichtssystem soll eine europäische und eine nationale Ebene haben. Offen

bleibt, ob sich die gemeinsame Aufsicht nur auf die Euro-Staaten oder auf alle Mitgliedsländer erstrecken soll. Im Papier heißt es einerseits, der Binnenmarkt dürfe durch das neue System nicht beeinträchtigt werden. Andererseits wird erwogen, der Europäischen Zentralbank Aufsichtsfunktionen zu übertragen.

Offen bleibt ferner, ob die Einlagensicherung und die Abwicklung von Banken über gemeinschaftlich haftende Fonds erfolgen sollen. Eine solche Vergemeinschaftung der Bankenschulden lehnt Berlin ab. Nach Angaben von EU-Beamten ist auch denkbar, dass sich die Regeln für den Finanzsektor an Vorschlägen der EU-Kommission orientieren, die keinen gemeinsamen Fonds vorsehen. Jedoch ist in dem Papier die Rede davon, dass eine Abwicklung nur mit ausreichenden Mitteln möglich sei. Das Papier bringt die Option ins Spiel, dass der Krisenfonds ESM die – ohnehin geplanten – nationalen Abwicklungs-fonds absichern könnte. (wmu.)

„Sie sind aufgewacht. Plötzlich reden Regierung und Opposition, Finanzminister Wolfgang Schäuble und SPD-Finanzexperte Peer Steinbrück, aber auch Bundestagspräsident Norbert Lammert von einem Referendum zur Eurorettung. Bisher haben sie in den Hinterzimmern die Pläne ausgekeltelt, mit deren Hilfe sie die große Krise bewältigen wollten. ... Aber nun soll es das Volk plötzlich richten. Als ob das so einfach wäre. Die Karlsruher sagen schon lange, dass der Spielraum so gut wie ausgeschöpft ist, den das Grundgesetz für die Übertragung weiterer Hoheitsrechte an die EU lässt. Dass wir an einer roten Linie stehen, jenseits derer nur das Volk mit einer neuen, das Grundgesetz ablösenden Verfassung den Weg frei machen kann für mehr Europa.“

Höchst fragile Mehrheiten

Auch der Berliner „Tagesspiegel“ befasst sich mit den Überlegungen zu einer Volksabstimmung:

„Zu Recht hat Finanzminister Schäuble gefordert, dass die Übertragung von viel Hoheitsgewalt nach Brüssel mit der Einrichtung einer direkt gewählten EU-Kommission und folglich einer grundlegenden Änderung der jeweiligen nationalen Verfassungen einhergehen müsse, die auch in Deutschland nur per Volksabstimmung möglich wäre. Diese Offenheit ehrt den überzeugten Europäer Schäuble. Dumm nur, dass es seine Regierung ist, die seit Jahren durch falsche Schuldzuweisungen quer durch Europa die nationalen Ressentiments so angeheizt hat, dass die Erzielung der Mehrheiten in den notwendigen Referenden höchst fraglich ist.“